

Legaler Fascismus von K. L. Gerstorff

Die Sozialdemokratie hat ihre Tolerierung der Regierung Brüning bis heute damit begründet, daß diese Regierung zwar schlimm sei, da sie die Vertreterin des Monopolkapitals sei, aber noch schlimmer sei die Regierung Brüning-Frick. Die Tolerierung der Regierung Brüning hat schon heute dahin geführt, daß den Arbeitern durch Schiedssprüche die Löhne herabgesetzt werden, daß die Sozialpolitik „gesetzlich“ abgebaut wird, und daß durch diese Politik von Partei und Gewerkschaften große Massen der Arbeiterschaft immer passiver und mutloser werden. Alles dies war vorauszusehen, und diese Politik des kleinern Übels war also nur damit zu verteidigen, daß man gewichtige Gründe zu haben glaubte, eine Regierung Brüning-Frick auf diesem Wege zu verhindern. Die Ereignisse der letzten Wochen deuten bereits sehr plausibel darauf hin, daß der reformistische Flügel der Sozialdemokratie sich in seinem politischen Verhalten gegenüber der Regierung Brüning stark verrechnet hat, daß wir in nicht mehr ferner Zeit in Deutschland mit einer Regierung Brüning-Frick zu rechnen haben. Rechts vom Zentrum sind alle bürgerlichen Parteien dafür. Seeckt sagt es militärisch offen, Dingledey vorsichtiger. Und das Zentrum hat in den letzten Wochen darauf harte Worte für die Nationalsozialisten gehabt. Kein Zufall, wenn man bedenkt, daß man in Genf unterdessen tagt, und daß im gegenwärtigen Augenblick eine zu betonte Freundschaft zwischen Zentrum und Nazis die außenpolitische Situation Deutschlands nach der Meinung des Zentrums nicht grade verstärken würde. Die Distanz des Zentrums zum Nationalsozialismus wird nicht von langer Dauer sein. Festgelegt hat sich das Zentrum hier, wie in allen andern politischen Fragen nicht. Es betont selbst heute, daß die im Fascismus wirkenden starken nationalen Kräfte ausgenützt werden müssen, und es wird sie ausnützen, wenn die innenpolitische Situation dazu drängt, wenn das Monopolkapital es verlangt. Und warum wird dies das Monopolkapital tun?

Warum benutzt es die Nationalsozialisten nicht weiter in ihrer Opposition als Druckmittel und treibt somit eine Politik, die die Sozialdemokraten als fünftes Rad am Wagen mitmachen, eine Politik, durch die gleichzeitig die Positionen der Sozialdemokraten bei den Massen schlechter werden. Die Gründe dafür dürften im folgenden liegen:

Die Nationalsozialisten haben in der heutigen Krise große Massen auf die Beine gebracht, die bisher mit der Politik recht wenig zu tun hatten. In einem aufsteigenden Kapitalismus waren im allgemeinen nur die Pole der Gesellschaft politisiert, Bourgeoisie und Proletariat. Die Mittelschichten zwischen ihnen dagegen nicht. Die Angestellten, die Beamten, die Kleinhändler, die Handwerker, die Bauern wollten mit „Politik“ nichts zu tun haben, sie wollten ihre Ruhe haben. Sie gingen zu den Wahlen als Schwanz der bürgerlichen Par-

teien, an die sie traditionell gebunden waren. Diese Schichten sind heute politisch aufgewacht, weil ihre eigne Lebenshaltung sich so außerordentlich verschlechtert hat. Sie beginnen zu erkennen, daß nicht ein individuelles Mißgeschick, das nur den einzelnen betrifft, an der Verschlechterung ihrer Lage schuld ist, sondern generelle, allgemeine Faktoren. Sie sind daher auf die Straße gegangen mit der Parole: Nicht wir einzelnen, sondern der augenblickliche Staat ist daran schuld, wenn es uns schlecht geht. Damit sind diese Massen heute die Garde der Konterrevolution geworden. Aber gleichzeitig ist festzustellen, daß ihre Politisierung nicht mehr rückwärtszuschrauben ist, daß sie nach Aktivität verlangen. Die nationalsozialistischen Führer spüren das, spüren die Gefahr. Und in jeder Nummer von Goebbels 'Angriff' kann man daher heute lesen, die Nationalsozialisten sollen sich nicht provozieren lassen, sie seien eine legale Partei, sie wollen legal zur Macht. Der Nationalsozialismus, der in Deutschland auf ähnliche Weise zur Macht zu kommen hoffte wie der Fascismus in Italien, der einen Zug nach Berlin organisieren wollte, würde heute, wie damals beim Kapp-Putsch, auf Granit beißen, auf einen Generalstreik der Arbeiter stoßen. Ein Generalstreik der Arbeiter jedoch in der schwersten Krise, die der Kapitalismus seit seinem Bestehen kennt, könnte sehr leicht viel weiter führen als seinerzeit der Abwehrkampf gegen Kapp. Das wissen die Nationalsozialisten und das Monopolkapital, und daher gilt es, die Fascisten rechtzeitig legal in die Regierung zu nehmen, damit gewisse Massen nicht vorzeitig vorstoßen und die gesamte Aktion dadurch gefährdet wird. Daher wird sich in absehbarer Zeit eine Regierung Brüning-Frick bilden. Sie bedeutet die politische Gewalt, die den monopolkapitalistischen Ausweg aus der Krise zu organisieren hat. Sie wird sich bilden, obwohl im Zentrum, wie man heute überall spüren kann, weit über die christlichen Gewerkschaften hinaus, noch starke Hemmungen zu überwinden sind.

Es ist in diesem Zusammenhang notwendig, etwas über die Unterschiede zum italienischen Fascismus zu sagen. Einmal herrscht über den Werdegang des italienischen Fascismus eine völlige Unkenntnis. Man glaubt, am Tage nach Mussolinis Zug auf Rom seien in Italien die bürgerlichen Parteien und die Arbeiterorganisationen zerschlagen worden. Nichts ist falscher als dies. Die Zerschlagung aller gegnerischen Organisationen, die Zerschlagung der alten bürgerlichen Parteien und der Arbeiterorganisationen war auch in Italien ein langwieriger Prozeß. Noch 1926 erschienen zum Beispiel in Mailand eine legale sozialdemokratische und eine legale kommunistische Zeitung. In Deutschland aber liegen die Klassenverhältnisse ganz anders. Es ist das erste durchindustrialisierte hochkapitalistische Land, in das der Fascismus vorstößt. Die Formen seines Vorstoßes werden und müssen sich daher von den italienischen stark unterscheiden. Wir haben im Gegensatz zu Italien nicht eine vorherrschende Landwirtschaft, sondern ein vorherrschendes industrielles Monopolkapital, wir haben weiter eine Arbeiterschaft, die circa 50 Prozent der Bevölkerung umfaßt. Das Monopolkapital wird natürlich darum auch bei einer Regierung Brüning-Frick in jeder Weise ver-

suchen, sich seine politische Manövrierfähigkeit, soweit es geht, zu erhalten. Am Tage des Regierungseintritts der Fascisten wird also nicht, wie manche Illusionisten glauben, das Zentrum zerschlagen werden. Das Zentrum wird zunächst weiter bestehen bleiben. Auch die Arbeiterorganisationen werden zunächst bestehen bleiben. Man wird anfänglich versuchen, mit den alten bürgerlichen Parteien und den Arbeiterorganisationen legal fertig zu werden.

Es ist oft noch der Gedanke vertreten worden, daß die Fascisten bald wieder aus der Regierung Brüning verschwinden würden, weil die breiten Wählermassen sich schnell betrogen fühlen werden. Richtig ist, daß die Fascisten die breiten Massen enttäuschen und daher bei ihnen auch verlieren werden. Aber damit ist der Fascismus noch nicht beseitigt, denn hinter ihm steht das Monopolkapital, und die Fascisten werden, so lange sie in der Regierung sind, dafür sorgen, daß sie ihre Positionen in Polizei und Beamtentum verstärken.

Wir wissen, daß das kleine Italien eine Beamtschaft hat, die mehr als eine halbe Million Köpfe zählt, weil ein fascistischer Staat schon infolge seines großen Spitzelapparates ein riesiges Beamtenheer braucht. Und auch in Deutschland würden schon in der legalen Phase des Fascismus eine Unmenge neuer Pfründenposten für die Nationalsozialisten geschaffen werden.

Die Fascisten werden sich mit dieser Prätorianergarde allein nicht begnügen, sie werden weiter versuchen, sich eine neue Prätorianergarde in den Betrieben zu schaffen. Die Sozialpolitik wird weiter abgebaut, und gleichzeitig werden die Löhne der beschäftigten Arbeiter heruntergesetzt. Von den heutigen Arbeitslosen bekommen nur noch etwa die Hälfte Erwerbslosenunterstützung, die andre Hälfte fällt bereits auf die Krisenunterstützung, auf die Wohlfahrtserwerbslosen und auf Schichten, die überhaupt nicht mehr unterstützt werden. Wenn auch die Löhne abgebaut werden, so verdient der unqualifizierte Arbeiter zwei- bis dreimal soviel wie der Wohlfahrtserwerbslose, und der qualifizierte Arbeiter drei- bis viermal so viel. Wenn die Fascisten in der Regierung sind, so werden sie versuchen, im Bund mit dem Monopolkapital ihre Anhänger in die Betriebe zu bringen und die revolutionären Arbeiter auf die Straße setzen. Dies wird bereits heute in immer größerem Umfange im Bunde mit den Unternehmern in die Wege geleitet. In den berliner Großbetrieben, in den I. G. Farbenbetrieben, in den hamburger Werften werden Nationalsozialisten bevorzugt angestellt, und die nationalsozialistischen Bezirksleitungen verschicken bereits Rundschreiben an ihre Leute in den Betrieben, wonach sie ihnen jeden freien Platz mitteilen sollen und gleichzeitig schreiben, ob die Unternehmer „getarnte“ Nazis wollen oder solche, die sich offen bekennen. Sie werden sich so auch in den Betrieben eine Prätorianergarde schaffen. Und sie wird größer sein als die Zahl derer, die in die Betriebe wirklich hineinkommen, denn auf einen, der hineinkommt, kommen immer noch einige, die hoffen, hineinzukommen.

Auf der andern Seite aber werden die Fascisten mit der Wirtschaftskrise selbstverständlich nicht fertig werden. Sie

werden in der Außenpolitik keine Erfolge haben. Sie müssen aber Erfolge haben, nachdem sie die Massen so aufgeputscht haben, und so werden sie versuchen, Erfolge dort zu erzielen, wo es ihren kapitalistischen Auftraggebern nicht schadet. Sie werden besonders auf allen kulturellen Gebieten vorgehen, wie es Frick schon in Thüringen begonnen hat.

Typisch für diese ganze Entwicklung ist nicht nur das Verbot des Remarque-Films. Bücher werden noch erlaubt, Filme verhindert man. Wir nähern uns in diesem Punkte der russischen Zensurpraxis der Zarenzeit. Damals erlaubte man revolutionäre Bücher, wenn sie eine gewisse Seitenzahl überschritten, denn die drangen nicht in die Massen; revolutionäre Broschüren dagegen waren verboten. Heute erlaubt man Bücher; Filme aber werden verboten, denn die kommen zu den Massen. So werden also zunächst die Kommandohöhen der öffentlichen Beeinflussung unter die Zensur der Kulturreaktion gestellt.

Es wird dabei natürlich nicht bleiben. Wohin der Weg weitergehen wird, das zeigen die ständigen Aufsätze in der 'Germania' wie im 'Angriff', der in diesem Punkte bereits eine völlige Seelenharmonie mit dem Zentrumsblatt aufzeigt. Es ist überaus charakteristisch, daß in der 'Germania' über dem Strich noch eine gewisse Distanz zu den Nationalsozialisten gewahrt ist, unter dem Strich ist sie schon völlig kulturfascistisch geworden.

Durchdringung des Staatsapparates, Schaffung alter und neuer Pfründen, Prätorianergarde in den Betrieben, schärfste Kulturreaktion, das werden die ersten Taten einer Regierungskombination Brüning-Frick sein. Die Nationalsozialisten werden versuchen, zunächst legal die Politik fortzusetzen, die sie heute in der Opposition mit guten Erfolgen bereits begonnen haben. Wie lange dieser legale Weg offen bleiben wird, ist selbstverständlich nicht vorauszusagen, ist einmal von der Aktion der Gegenseite abhängig, weiter davon, wie sich die gesamte objektive Situation gestalten wird.

Die ökonomische Entwicklung zeigt noch keinen günstigen Ansatz. Der Silberstreifen wird im Jahre 1931 noch nicht kommen, nicht in Deutschland, nicht einmal in den Vereinigten Staaten. Auch dort beginnt man sich auf eine sehr lange Dauer der Weltwirtschaftskrise einzurichten.

Das Monopolkapital wird weiter versuchen, die Lasten der Krise auf die breiten Massen abzuwälzen. Auch unter dem Fascismus — und durch die im Fascismus notwendige Ausdehnung des Staatsapparates noch verstärkt — wird also das Elend zunehmen, wird die Arbeitslosigkeit wachsen, wird die Lebenshaltung der breiten Massen sich verschlechtern, werden die Steuern noch drückender werden. Das Monopolkapital hat durch die heute immer deutlicher zu konstatierende Unterstützung der Nationalsozialisten bewiesen, daß es nicht mehr glaubt, mit den aus der Krise notwendig sich verschärfenden Spannungen auf dem „normalen“ demokratisch-parlamentarischen Wege fertig zu werden. Das Monopolkapital benutzt also den Fascismus, um den ihm genehmen Ausweg aus der Krise zu organisieren. Es versucht dies zunächst mit einem legalen Fascismus. Werden auch dann die

Spannungen immer schärfer, dann wird auf die legale Regierung Brüning-Frick eine andre folgen, die immer mehr dem italienischen Vorbild entspricht. Man wird niemals freiwillig abtreten, man wird die letzte Karte ausspielen. Alle Zeichen deuten darauf hin. Notwendig ist daher auch für die Gegenseite, zu erkennen, daß die politischen Fragen auch für sie immer deutlicher gestellt werden, daß es im Niedergang des Kapitalismus nicht nur für das Monopolkapital immer geringere Lavierungsmöglichkeiten gibt, sondern daß dies auch für die Art seiner Bekämpfung gilt.
